

**Franz Schaible,
Vorstandsvorsitzender der Stiftung
Solidarität**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir sind heute zusammen gekommen, um zum 8. Mal den in der Presse als „Oskar der Solidarität“ bezeichneten „Regine-Hildebrandt-Preis für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut 2004“ zu verleihen. Es ist das 3. Mal, dass dieser Preis unserer Stiftung den Namen unserer ersten Preisträgerin und späteren Schirmherrin trägt – wozu sie uns noch zu Lebzeiten ermächtigt hat.

Ich begrüße Sie alle herzlich im Namen von Vorstand und Aufsichtsrat unserer Stiftung.



Bevor ich die Preisträger in besonderer Weise begrüßen werde, möchte ich zunächst alle anderen offiziellen Gäste dieser Preisverleihung begrüßen. Dies ist der Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld Eberhard David, der trotz des Stresses der gestrigen Stichwahl wohl seinen ersten externen Besuch in seiner neuen Amtszeit bei uns macht – herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch. Er wird gleich nach Jörg Hildebrandt zu uns sprechen, den ich als neues Vorstandsmitglied in unserer Stiftung herzlich begrüße. Weiterhin begrüße ich den Preisträger unserer Stiftung des Jahres 1999, die Sozialhilfeberatungseinrichtung Widerspruch e.V. und darüber hinaus alle anwesenden Bundestags-, Landtags- und Ratsmitglieder unserer Stadt.

Ganz besonders möchte ich den Laudator unserer Preisverleihung, den ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reinhard Höppner begrüßen, dem wir sehr dankbar sind, dass er unmittelbar nach seiner Überseereise zu uns gekommen ist. Herr Dr. Höppner war im übrigen auch langjährig Präses der Synode der Kirchenprovinz Sachsen – und ich bin gespannt auf seine Ausführungen mit evangelischem Hintergrund über die Preisträger mit eben katholischem Hintergrund. Hinweisen möchte ich auf eine Programmergänzung: Die Theatergruppe vom Volksverein Mönchengladbach wird zu Ehren der Preisträger ein zehnminütiges Stück mit dem Titel: „Arm macht krank – krank macht arm“ aufführen. Ein Stück zum Shmunzeln, welches zur Auflockerung der Veranstaltung zwischen den Reden von Prof. Hengsbach und Pfarrer Erlemann aufgeführt wird.



„Der Stärkere trage des Schwächeren Last“ ist im Jahr 2004 das Jahresmotto unserer Stiftung für diese Preisverleihung. Es lautet nicht: „Die Schwächeren tragen die Lasten der Stärkeren“, dann wären wir bei einer anderen Preisverleihung, die ich mir z. Zt. gut in Berlin vorstellen könnte.

Wir sind beim diesjährigen Regine-Hildebrandt-Preis – also auch bei einem Menschen, der die Prinzipien der Solidarität nicht nur in sich trug, sondern auch gelebt hat.

Die Wurzeln dieser Prinzipien der Solidarität sind in unserem abendländischen Kulturkreis insbesondere in den Lehren Jesu Christi zu finden, also im Neuen Testament.

Und so hat es mich nicht verwundert, dass wir unter den rund 150 Vorschlägen zur diesjährigen Preisverleihung uns einstimmig auf unsere heutigen Preisträger verständigt haben.

Die Lehre Jesu Christi von einer Gemeinschaft, in der der Stärkere dem Schwächeren gibt, wodurch nicht nur jeder einzelne sondern auch die Gemeinschaft gewinnt, ist auch heute noch gültig, worauf sich so mancher Politiker und Wirtschaftsfunktionär besinnen sollte, wenn ihm das Wohl der Einzelnen und der Gemeinschaft am Herzen liegt.

Diese christliche Soziallehre muss in der Sprache der jeweiligen Zeit immer

wieder neu formuliert werden, damit diese Urwerte einer menschlichen Gesellschaft ihren zentralen Mittelpunkt innerhalb - und nicht am Rande - einer Gesellschaft behaupten können.

Hierzu bedarf es Denker, die nicht nur diese christlichen Urwerte in sich tragen, sondern sie in den Geist der jeweiligen Zeit übersetzen und damit Position beziehen. Ein solcher Übersetzer dieser christlichen Urwerte in die heutige Zeit und somit auch Positionsbezieher für diese Werte ist Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, der nie den Mut verloren hat, diese Positionen öffentlich zu bekunden, selbst wenn er sich manchmal als einsamer Rufer in der Wüste gefühlt haben mag.

Das eine ist es, geistig Position zu beziehen. Das andere ist es, praktisch diese geistige Position umzusetzen. Beides ist gleichermaßen wichtig und das eine ist ohne das andere nicht vollkommen. Heute haben wir das Glück, nicht nur einen geistigen Sprecher der christlichen Soziallehre als Preisträger begrüßen zu dürfen, sondern auch einen praktischen Umsetzer dieser Lehre, der das Wort „Solidarität“ oder „Der Stärkere trage des Schwächeren Last“ in seinen Worten formuliert hat: „Teilen macht reich“. Pfarrer Edmund Erlemann hat vor 21 Jahren den „Volksverein Mönchengladbach“ gemeinnützige Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit initiiert, der heute ausgezeichnet wird. Denken, Reden und Handeln gehören zusammen. Und so wundert es mich nicht, dass Prof. Hengsbach mit Pfarrer Erlemann befreundet ist.

Für unsere Gesellschaft waren menschliche und christliche Leitbilder wie sie in der christlichen Soziallehre verwurzelt sind, noch nie so wichtig, um neoliberalen Gesellschaftsideologien entgegenzuwirken, die uns letztlich aus der Mitte unserer Gesellschaft herausführen würden,

fernab einer menschlichen und gerechten Gesellschaft, die ihren Mittelpunkt in den Werten hat, die durch den selbstgewählten Wahlspruch vom Volksverein Mönchengladbach verkörpert werden, der da lautet, nochmals: „Teilen macht reich“.

Ich begrüße auf das herzlichste die Preisträger.

Jörg Hildebrandt, Vorstandsmitglied der Stiftung Solidarität

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Halber Einsatz, nein das ist kein Leben für mich. Ein Wort meiner Frau. Wer sie gekannt hat, und das sind etliche doch unter Ihnen, der weiß, dass sie immer die ganze Sache im Blick gehabt hat. Und zur ganzen Sache rechnete sie nicht nur sich selbst, ihren Mann, ihre Kinder, ihre Enkelkinder, sondern, und das sage ich fast neidlos, zur ganzen Sache gehörten für sie vor allem die anderen.



Einer trage des anderen Last. Für uns übersetzt heute in der Stiftung Solidarität: „Der Stärkere trage die Bürde des Schwächeren.“ Doch auch dieser Dienst, der Dienst am anderen geschieht nicht ungeteilt. Er geschieht wieder mit dem Blick ringsum auf die anderen. Beistand gelingt nicht im

selbtherrlichen und verzehrenden Opferalleingang. Denn es heißt: Aufgaben teilen - Kräfte teilen - Nöte teilen - Hilfe teilen wir gemeinsam.

Exakt dies bewegt seit Jahrzehnten die Preisträger des heutigen Tages. Und in Bewegung gesetzt haben sie nicht nur sich selbst, sondern unzählige Menschen nahebei und fernab., Gruppen, Institutionen und womöglich die Politik.

Liebe Mitarbeiterinnen, liebe Mitarbeiter des Volksvereins Mönchengladbach, lieber Pfarrer Edmund Erlemann. Franz Schaible hat es zwei Mal zitiert. Teilen macht reich – lautet Ihre Devise. Gott sei Dank nie und nimmer neureich. Teilen ist Besseres und mehr segensreich für alle Teile. Nehmen Sie heute einmal – selten genug – öffentliche Anerkennung entgegen, damit gemeint ist unser aller Dank. „Regine Hildebrandts Vorstellungen von Gerechtigkeit haben einen biblischen Grund“, Zitat Friedhelm Hengsbach. So sagten Sie, lieber Herr Professor, anlässlich einer Laudatio auf meine Frau in Potsdam im Jahr 2000. Dieser Grund, er lautet: Richte auf die Kranken, die Schwachen, die Fremden. Und weiter sagten Sie damals und sagen es heute: Beteiligung ist der neue Name für Gerechtigkeit. Beteiligt sein an der gesellschaftlich organisierten Arbeit, um so einen fairen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu gewinnen. Beteiligt sein ist alles.

Hierfür, Friedhelm Hengsbach, Societas Jesu, haben Sie gelernt, haben Sie gelesen, geschrieben, geredet, gepredigt, gestritten, gelitten. Seien Sie bedankt und ausnahmsweise gelobt, nicht in der Stille zu Zion, sondern frei öffentlich vor der Welt, bedankt und gerühmt für alle Hingabe, die erfolgreiche und die vergebliche.

Nie war es halber Einsatz nur. Nein, das wäre auch für Sie kein Leben

gewesen. Wie der Volksverein Mönchengladbach, wie die Namensgeberin unseres Solidaritätspreises, hatten und haben Sie das Ganze im Blick, die Anderen.

Das drängende, beschwörende Jahresmotto 2004 der Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut, nochmals: „Der Stärkere trage des Schwächeren Last“ – dieses Motto ist für Sie, liebe Preisträgerinnen und Preisträger seit langem nicht bloß erhebender Appell, sondern drückender Vollzug. Und dieses, Ihr beispielgebendes und soziales Engagement in der Gesellschaft auszuzeichnen, zu fördern und publik zu machen, darum geht es uns heute hier in Bielefelds Flachspinnerei am 11. Oktober 2004. Haben Sie Dank.



Eberhard David, Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Sehr geehrter Herr Dr. Höppner, sehr geehrter Herr Schaible, sehr geehrter Herr Hildebrandt, sehr geehrter Herr Prof. Hengsbach, sehr geehrter Herr Pfarrer Erlemann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für die Stadt Bielefeld begrüße ich Sie sehr herzlich zur Verleihung des „Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut 2004“. Die Verleihung dieses mit

insgesamt 20.000 Euro dotierten Preises hat bereits eine langjährige Tradition in unserer Stadt.

Zunächst hieß die Würdigung besonderer Verdienste in Bezug auf beispielhaftes Engagement gegen Arbeitslosigkeit und Armut „Förderpreis der Solidarität“. Heute, und damit zum dritten Mal wird dieser Förderpreis in Erinnerung an die erste Preisträgerin als „Regine-Hildebrandt-Preis“ vergeben. Gleich geblieben ist dabei immer, dass der Preis Personen, Vereinen, Verbänden oder Initiativen für ihr herausragendes soziales Engagement bei der Bewusstmachung bzw. Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Armut gilt.

Und längst hat er durch die verleihende Stiftung auch ein wenig verbunden mit dem Namen Bielefeld in ganz Deutschland seinen eigenen bedeutungsvollen Ruf. Es ist inzwischen begehrt bei vielen, die sich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut immer etwas Neues einfallen lassen, die ganz konkret mit ganzer Kraft Ideen umsetzen und von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen neue Hoffnung auf Wiedereingliederung in das Berufsleben geben.

Vor diesem Hintergrunde war und ist der Regine-Hildebrandt-Preis etwas Besonderes. Er lenkt den Blick auf eine wichtige Arbeit, die sonst eher im Verborgenen geleistet wird, die vielleicht höchstens regionale Beachtung finden würde. Er zeigt aber auch, und ich denke, das ist das Entscheidende, dass sich Kreativität im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Armut lohnt. Dabei ist es sein Ziel, nicht nur die zu belohnen und zu würdigen, die Ideen und daraus Initiativen entwickeln, sondern auch ihre Arbeit, ihren Einsatz beispielhaft in der ganzen Bundesrepublik als nachahmenswert bekannt zu machen.

Natürlich hoffe ich, dass auch die diesjährigen Preisträger ihre Nachahmer finden werden. Nachahmer für Herr Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach und Nachahmer für den Volksverein Mönchengladbach, die beiden Preisträger des Regine-Hildebrandt-Preises 2004. Und ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass wir in einer Zeit, in der gesamtgesellschaftliches Handeln in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation unverzichtbar ist, sehr dankbar dafür sein müssen, wenn es Gruppen und auch einzelne Personen gibt, die sich außerhalb der etablierten Wege Gedanken um die Zukunft der Menschen machen, die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind.

Deshalb bin ich auch sehr dankbar dafür und ganz lokalpatriotisch auch stolz darauf, dass wir in Bielefeld eine Stiftung haben, die mit ihrer Preisverleihung jetzt schon seit Jahren dazu beiträgt, diese neuen, etwas andere Wege mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken, und angesichts leerer Kassen der öffentlichen Haushalte und angesichts der bekannten Problemlagen sind wir auf Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement angewiesen, brauchen dies Engagement nötiger denn je. Sowohl auf Seiten der Preisträger als auch auf Seiten derer, die die Preisverleihung erst möglich machen.

Daher freue ich mich, dass wir mit der Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises die Gelegenheit haben, im Sinne der Bielefelder Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut auch in diesem Jahr wieder würdige Preisträger beglückwünschen zu können. Für die Stadt Bielefeld tue ich das heute sehr gerne und ich bedanke mich für die Einladung und wünsche Ihnen noch einen guten Verlauf der heutigen Veranstaltung. Herzlichen Dank.

Dr. Reinhard Höppner, vormals Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt



Sehr geehrter Herr Prof. Hengsbach, sehr geehrter Herr Pfarrer Erlemann, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute geht es um die Ehre. Ehre, wem Ehre gebührt, sagt der Volksmund. Und er hat recht damit, auch wenn er sich nicht immer danach verhält. Zu ehren sind heute die Preisträger des Regine-Hildebrandt-Preises für Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut. Zu ehren sind Personen und Institutionen. Und da ist mir eingefallen, das hängt enger zusammen, als ich gedacht habe.

Zu ehren ist Prof. Hengsbach. Eine Person, wie es sie in Deutschland nicht so oft gibt. Er ist inzwischen fast eine Institution. Wer kommt schon an ihm vorbei, an seinen mahnenden Worten, anstößig immer, Vorurteile durchbrechend. Passt ja nicht ins Schema. Katholisch und links. Immer wieder zu Gehör bringend diejenigen, die sonst nicht gehört werden. Scheut sich nicht, den Streit mit den Mächtigen anzufangen. Und wie mächtig die sind. Und trotzdem nicht aufgebend, immer wieder. Immer wieder dagegen angehen, dass, wie er es mal gesagt hat, die Lebensrisiken denen aufgebürdet werden, die ohnehin schwach sind, die

nicht die Kraft haben, sie selber zu tragen.

Über Risiken reden wir ja viel in Deutschland derzeit, nicht nur über das Risiko der Arbeitslosigkeit, übrigens auch über das Risiko der Krankheit oder der Altersversorgung, und es ist dann schnell von Eigenverantwortung die Rede, ist ja schön, haben wir alle als positiven Wert längst internalisiert.

Aber wer denkt an die, die nicht in der Lage sind, und das oft nicht aus eigener Schuld, nicht in der Lage sind, diese Verantwortung selber zu tragen. Solche und ähnliche Fragen hat Prof. Hengsbach gestellt und er stellt sie weiter, da bin ich sicher. Nicht abstrakt Wissenschaft betreibend, sondern immer nahe bei den Menschen mit ihren Fragen. Der Mensch als Ausgangspunkt des Engagements und – ich sag das jetzt bewusst dazu – eben der von Gott geliebte Mensch. Und mindestens darin begegnen sich die beiden Preisträger natürlich:

Der Volksverein Mönchengladbach, eine Institution, und eben nicht nur eine Institution, es ist gewissermaßen spiegelbildlich schon lange gewissermaßen repräsentiert durch eine Person, durch Pfarrer Erlemann, Wegbegleiter schon von langer Zeit der von Arbeitslosigkeit bedrohten Tuchfabrik war glaube ich der Ausgangspunkt, wenn ich mich erinnere, und ich kann das nun gerade sehr gut persönlich verstehen, denn wenn man im Osten Deutschlands, und da bin ich manchmal mitmarschiert, wir haben um viele, viele gekämpft, die von Arbeitslosigkeit bedroht waren, einfach überlegt, dass z. B. in unserem Mansfelder Land das Bergwerk über Nacht geschlossen wurde, über Nacht geschlossen worden ist und ungefähr 100.000 Leute plötzlich arbeitslos waren.

Ja, ein treuer Wegbegleiter war diese Initiative und das dann schließlich nicht nur bei den von Arbeitslosigkeit

Bedrohten, sondern auch benachteiligten Kindern und Jugendlichen und im Grunde genommen gehört das alles zusammen, weil eins dem anderen folgt. Und das ist vielleicht schön, das ist vielleicht die größte Ehre eigentlich, wenn man merkt, dass solch ein Engagement ansteckend wirkt. Über Mönchengladbach hinaus, im Grunde genommen das ganze Bistum erfasst. Nachahmer ist mir dafür eigentlich zu wenig.

Es gibt eine ansteckende Gesundheit, nicht nur eine ansteckende Krankheit. Und solch eine ansteckende Gesundheit, ja, das waren Sie und das sind Sie und werden es hoffentlich noch lange bleiben. Denn solche Art Gesundheit braucht die Gesellschaft. Das ist unverzichtbar.



Also: heute geht es um die Ehre. Und eben nicht nur um die Ehre von Personen und Institutionen, die ich genannt habe.

Was heißt eigentlich Ehre. Ich habe einmal nachgeschlagen, nachgelesen. Das überzeugendste ist für mich: Ehren heißt, jemandem den Platz einräumen, der ihm gebührt. Ich könnte vielleicht auch sagen: Nach Gottes Willen gebührt. Und damit geht es in einem umfassenderen Sinne um die Ehre.

Nämlich, wir räumen dieser Arbeit einmal den Platz ein, der ihr gebührt. Auch der Oberbürgermeister hat zu

erscheinen, wenn es um Arbeitslosigkeit geht, das ist doch in Ordnung. Den Platz einräumen, der ihm gebührt. Dem anstößigen Nachdenken den Platz einräumen, der ihm gebührt. Sie ist nämlich unverzichtbar, diese Art von Nachdenken.

Und dazu natürlich die praktische Arbeit. Die wahrscheinlich jeder von Ihnen der hier ist in irgendeiner Weise kennt, mitträgt, vielleicht ihm schlaflose Nächte bereitet. Es geht um die Ehre, darum das wir und in diesem Fall jetzt den Menschen, nämlich den Arbeitslosen den Platz einräumen, der ihnen gebührt in unserer Gesellschaft.

Und da bin ich bei dem für mich kritischsten Punkt. Ja, in unserer Gesellschaft. In der, scheint es mir, immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden. Es geht immer schneller und es ist wie in einer Zentrifuge, je schneller sie sich dreht, desto mehr Teile werden an den Rand geschleudert, an den Rand dieser Gesellschaft.

Und vielleicht hab ich das im Umbruch seit 1990 besonders drastisch erlebt. Wir haben gelernt, alles muss sich rechnen. Das war das Wichtigste. Das wurde uns ja auch gesagt, denn wir kamen aus einer Gesellschaft, die offenbar zusammengebrochen war, weil man sich nicht darum gekümmert hatte, dass sich die Dinge rechnen.

Alles muss sich rechnen. Und Solidarität rechnet sich nicht. Oder? Das ist schon ein Thema in der Bibel. Also, die Frage ob Solidarität sich rechnet. Nehmen wir mal an, alles muss sich rechnen. Da war doch, die meisten werden sich vielleicht erinnern an diese Geschichte „Der reiche Mann und der arme Lazarus.“ Also der reiche Mann war auch davon überzeugt, Solidarität rechnet sich nicht, kümmern wir uns mal nicht drum, soll der Arme leben von den Brosamen, die von des Herrn Tisch fallen.



Das war die Situation und wer will bestreiten, dass die Situation heute viel anders ist. Und nun setzt die Bibel im wahrsten Sinne des Wortes Himmel und Hölle in Bewegung, um deutlich zu machen, dass sich Solidarität doch rechnet. Himmel und Hölle, ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern, der Reiche kommt in die Hölle, der Arme kommt in den Himmel, in Abrahams Schoß. Da kommt ja dieses Spiel, dass der Reiche dann sagt, feuchte doch mal wenigstens meine Lippen an. Und dann schließlich sagt er, schickt doch mal jemanden aus diesem Totenreich, damit der denen dann ihr Leben sagt, was daraus kommt, wenn man die Solidarität vernachlässigt.

Abraham sagt übrigens, nee, hilft nicht. wenn sie schon denen nicht glauben, die da leben, den Propheten, die das sagen, und ich sag jetzt mal so, wenn Sie dem Professor Hengsbach und dem Pfarrer Erlemann und denen in diesem Feld engagierten nicht glauben, dann nützt auch keiner aus dem Totenreich was.

Wir denken immer, Solidarität rechnet sich nicht. Und es ist im Grunde genommen nur ein Zeichen dafür, wie kurzfristig und kurzatmig wir sind. Ja, wer nur an die Abrechnung am Monatsende denkt oder bestenfalls noch an die Bilanz am Jahresende, für den kann sich Solidarität nicht rechnen. Aber wer seinen Blick richtet auf einen längeren Zeitraum, eigentlich brauche ich da gar nicht Himmel und

Hölle in Bewegung zu setzen, wer mal seinen Blick richtet auf die zukünftigen Generationen, dem ist schon klar, ohne Solidarität ist die Zukunft nicht zu haben. Nein, nicht nur dass sich Solidarität rechnet, wenn man den Blick ein bisschen weiterwirft, nein Solidarität ist für den Zusammenhalt in der Gesellschaft unverzichtbar.

Wer glaubt, dass Fortschritt zu erzielen ist, nur im kalten Wettbewerb, der wird merken, dass er nicht nur keinen Schritt vorankommt, sondern dass er in der Hölle landet. Es geht um Solidarität und Gerechtigkeit. Und wer sich die Bibel mal genau ansieht, der stellt fest, dass Gerechtigkeit in der Bibel eigentlich etwas anderes, viel umfassenderes ist, als wir uns das so landläufig vorstellen.

Wir denken da eher an Richter und an Gerichte und da an Arbeitsrechtsprozesse und Sozialrecht. Wird ja auch immer gesagt: „Das ist Dein Recht, wenigstens was zu bekommen“. Nein, die Gerechtigkeit, die die Bibel meint, ist ein Verhältnisbegriff und wir kommen da eigentlich näher ran, wenn wir in unserer Deutschen Sprache einmal einem Pfad des Wortes „richten“ nachgehen, der fast verschwunden ist.

Ich glaube da fast nicht an Zufall, es ist ein Pfad, den vielleicht die Hausfrauen am besten kennen. Da heißt es, wenn ein Fest kommen soll, bitteschön, kommen Sie herein, die Tafel ist gerichtet. Jedes steht an seinem Platz, die Kerzen sind angezündet, das Besteck liegt, wo es hingehört, die Servietten schmücken den Tisch, kommen Sie rein, die Tafel ist gerichtet. Das ist Gerechtigkeit in der Bibel, wo jeder an dem Platz ist, wo er gebraucht wird, wo er weiß, hier bin ich richtig. Das ist Harmonie, das Fest kann beginnen.



Und das hat etwas zu tun von der Ehre, von der ich vorhin gesprochen habe. Jeder an dem Platz, wo er gebraucht wird, wo er seine Fähigkeiten entfalten kann. Und damit ist plötzlich auch klar, Armut – Armut ist nicht nur eine Frage des Geldes. Nein, Armut im Kern ist immer eine Armut an Verwirklichungschancen. Wenn jemand abgedrängt wird und sich fragt, wozu bin ich eigentlich noch nützlich? Worum geht es? Arbeit für Gerechtigkeit im Sinne der Bibel ist eine Integrationsaufgabe. Die Aufgabe, die an den Rand Gedrängten wieder in die Mitte hineinzuholen der Gesellschaft, in den Zusammenhalt, in die menschlichen Beziehungen, ohne die keiner leben kann. Ehre, wem Ehre gebührt.

Das heißt, gerade denen, die an den Rand gedrängt werden, gebührt Ehre. Sie sollen wieder an die Stelle kommen, wo sie gebraucht werden, wo sie eingebunden sind. Das ist es ja, das Kernproblem, dass Arbeit eben nicht nur eine Frage von Geld und Existenzsicherung ist, sondern das Feld, in dem soziale Beziehungen geknüpft werden, in dem man sich emanzipieren kann, das hat die Frauenbewegung gezeigt, Unabhängigkeit erwirbt. Es ist das Feld, in dem der Rhythmus des Lebens entsteht, es ist das entscheidende Feld für Lernen. Natürlich auch für Anerkennung und Erfolg, Selbstbewusstsein und Vergewisserung und vor allem auch von

Partizipation, von Teilnahme, an dem was in der Gesellschaft passiert.

Und darum ist es so schlimm. Es ist nämlich nicht nur eine Frage des Geldes, darum ist es so schlimm, wenn man die Arbeit verliert, dass diese Beziehungen alle verloren gehen. Und darum braucht es nicht nur Geld, sondern darum braucht es Menschen, die diese Beziehungen wieder herstellen. Und darum ist es so wichtig, diese Aufgabe immer wieder mal klar ins Blickfeld zu rücken und darum ist diese Preisverleihung heute so wichtig. Ehre, wem Ehre gebührt. Jawohl. Das ins Blickfeld rücken, an die Stelle, wohin es gehört. nämlich in das öffentliche Bewusstsein. So dass jeder provoziert ist und eigentlich keiner ehrlichen Herzens vorbeigehen kann und sagen kann: „Das geht mich nichts an“.



Das ist wie mit Jesus. Kann man auch nicht alleine kämpfen lassen für Solidarität und Gerechtigkeit. Wer in der Bibel mal nachliest, findet Geschichten in der Bibel und genau und fast ausschließlich Geschichten über Solidarität und Gerechtigkeit. Freilich, das bin ich ihnen heute schuldig zu sagen, ich komme gerade von einer Reise au Peru und Bolivien. Wir haben da Entwicklungsprojekte des evangelischen Entwicklungsdienstes uns angesehen. Und dann kommt man hierher und dann weiß man, dass Armut noch ganz andere Dimensionen kennt. Nicht, dass sich

das eine gegen das andere aufrechnen ließe. Aber manchmal denke ich, man kann der einen Verantwortung vor Ort eigentlich nur gerecht werden, wenn man nicht die Augen vor der größeren Verantwortung verschließt. Es klingt zwar ein bisschen platt, aber in Deutschland wird natürlich auch viel gejammert und auf ziemlich hohem Niveau. Ja, wie kriegen wir die Dinge alle zusammen.

Ich glaube, dass ist eine Frage, die mich an Max Frisch erinnert, der gesagt hat, ich wäre schon zufrieden, wenn es mir gelänge, eine Frage dermaßen zu stellen, dass die Zuhörer ohne eine Antwort nicht mehr leben können, aber eine Antwort, die sie nur selber geben können mit ihrem Leben. Das sind die wesentlichen Fragen, die sich nicht mit Worten beantworten lassen, sondern nur mit dem Leben. Und ich glaube, wir haben heute zwei Preisträger, die ein Stück weit diese Fragen mit ihrem Leben beantworten. Die Initiative und Prof. Hengsbach. Und darum bin ich gerne hierher gekommen. Weil ich denke, jawohl, das ist aller Ehren wert.

Und darum bin ich der Stiftung Solidarität so dankbar, dass sie mit diesem Preis immer wieder ein Problem und Menschen ins Blickfeld rücken, wo man sagen muss, es ist gut für uns alle, dass wir dahin schauen, und uns anstecken lassen von dieser ansteckenden Gesundheit. Herzlichen Dank auch der Stiftung und herzlichen Glückwunsch den Preisträgern. Sie dürfen sich auch ganz persönlich mal freuen. Es gibt ja bestimmt wieder so bei den Dankesreden – man kennt das, dass man sagt, na ja, die anderen auch alle. Freuen Sie sich, was Sie getan haben, und ich bin sicher, was Sie weiter tun werden, ist aller Ehren wert. Ehre, wem Ehre gebührt. Herzlichen Dank.

Franz Schaible

Vielen Dank, Herr Dr. Höppner. heute ist wirklich ein Tag des Nachdenkens. Ich danke dafür und möchte Sie gleich wieder hoch bitten, mit den Preisträgern, denn eben, dass war mal kurz für die Presse. Aber was jetzt kommt, auch Du, lieber Jörg, komm hier nach oben, damit wir die Preise wirklich und dauerhaft übergeben.

Preisverleihung



Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main
“Die Gerechtigkeitsfrage ist in die Gesellschaft zurückgekehrt” (W. Thierse). - Aber wie?

Vor vier Jahren hat der Bundestagspräsident diese Aussage gemacht. Trifft sie zu? Gilt sie auch heute noch? Wie ist die Gerechtigkeitsfrage in der politischen Öffentlichkeit beantwortet worden? Ich will im folgenden prüfen, wie Parteien die Frage aufgegriffen haben und wie sie im Blick auf die Situation sowie in drei verschiedenen, aufeinander bezogenen

Dimensionen zu beantworten ist.

1. Parteien-Gerechtigkeit

Das Reformspektakel der im Parlament vertretenen Parteien war von einem auffälligen Rückgriff auf die politische Norm der Gerechtigkeit begleitet. An der Debatte beteiligten sich unter anderen Wolfgang Clement, Gerhard Schröder, Olaf Scholz, Angela Merkel und Dieter Althaus sowie katholische Prominente im Auftrag der Bischofskonferenz. Indem ich die unterschiedlichen Gesichtspunkte sortiere, die in der Debatte vorgetragen wurden, entdeckte ich sechs Positionen.

Erstens sollten die Parteien sich von den herkömmlichen Leitbildern der Gerechtigkeit verabschieden, die angesichts der globalen Herausforderungen nicht mehr angemessen sind. Gerechtigkeit müsse an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst und “neu”, “modern”, “zeitgemäß” definiert werden.



Zweitens sollte man sich von der Verteilungsgerechtigkeit verabschieden, die auf die Umverteilung materieller Güter oder finanzieller Mittel sowie die Gleichheit der Ergebnisse fixiert sei. Statt dessen sei die Chancengleichheit zu betonen - der allgemeine und gleiche Zugang zu Bildungsgütern und zur Beteiligung an der gesellschaftlichen Arbeit. Bildung sei der Hauptschlüssel gesellschaftlicher Integration, und irgendeine Arbeit sei besser als keine.

Nachdem der Pulverdampf solcher Kampf-formeln verzogen ist, wird jedoch klar, dass gesellschaftliche Verteilungsregeln sich nie bloß auf materielle Güter oder Güter überhaupt, sondern gemäß verschiedener Sphären auf Lebenschancen, Machtmittel, Anerkennung und Rechte beziehen. Die Verteilungsfrage ist der Kern der Gerechtigkeitsfrage. Die Präferenz der Bildung angesichts der Tatsache, dass höherwertige Bildungsabschlüsse noch längst nicht den Zugang zu einer gleichberechtigten Beteiligung am Erwerbssystem gewährleisten, klingt wie ein Alibi, solange die Tür zu sinnvollen, gesellschaftlich anerkannten und sicheren Arbeitsgelegenheiten versperrt ist.

Drittens sollten die individuellen Bedürfnisse der Menschen stärker berücksichtigt werden, insbesondere das Verlangen nach Freiheit. Die Menschen hätten unterschiedliche Talente und Interessen. Diese zur berücksichtigen, sei ein Gebot der Gerechtigkeit. Deshalb sollten Differenzen und Ungleichheiten anerkannt und gefördert werden. Sie seien persönlich verdient und gesellschaftlich verdienstvoll.

Solange unterschiedliche Einkommen und Vermögen auf persönliche Talente und Anstrengung zurückzuführen sind, dürfen sie als Verdienste anerkannt werden. Aber die tatsächliche Verteilung der Einkommen und Vermögen ist viel stärker durch den sozialen Status der Eltern oder sexistische Rollenmuster, gesellschaftliche Beziehungen und wirtschaftliche Machtverhältnisse vorweg bestimmt.

Viertens sollte der Gesichtspunkt der Leistungsgerechtigkeit und der Markt-gerechtigkeit stärker betont werden. Wie die Demokratie als politische Ordnung der Freiheit angesehen werde, so könne die Marktwirtschaft als eine Ordnung der Freiheit gelten.

Aber der Gesichtspunkt der Tausch- und Markt-gerechtigkeit gemäß dem Grundsatz

strenger Äquivalenz ist dem Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit nachgeordnet. Denn jeder rechtmäßige Tausch setzt eine gerechte Verfügung über die zu tauschen-den Güter und eine gerechte Verteilung voraus. Selbst wenn diese aus früheren Tauschvorgängen resultiert, endet die Kette der Tauschvorgänge bei einer ge-rechten Ausgangsverteilung.

Fünftens dehnt sich die Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit auf den Sozial-staat aus. Dieser sei mit überzogenen Er-wartungen konfrontiert, als könne er gesellschaftliche Risiken erschöpfend absichern. Der bürokratische Ausbau habe die Hilfebedürftigen mehr und mehr entmündigt und ihrer Eigeninitiative be-raubt. Er habe zivilgesellschaftliche und familiäre Formen der Solidarität ausgehöhlt und verdrängt. Deshalb müsse er auf seine Kernaufgaben reduziert werden. Vor allem müsse er den zivilgesell-schaftlichen Kräften Raum geben, sich selbst zu organisieren und die eigenen Talente zu entfalten.

Die Zivilgesellschaft taugt jedoch nicht, um das sozialpolitische Vakuum, das ein Wettbewerbsstaat hinterlässt, zu füllen. Zivilgesellschaftliche Initiativen bilden den Klassencharakter der Gesellschaft ab. Sie setzten sichere Arbeitsplätze, Einkommen und Partnerbeziehungen voraus. Sie orientieren sich milieuhängig und inter-essenbezogen an sportlichen und kultu-rellen Vorlieben. Unternehmen als zivil-gesellschaftliche Akteure verfolgen zu Recht in erster Linie betriebliche und wirtschaftliche, jedenfalls partikuläre Inter-essen.

Sechstens wird vom Konflikt der Gene-rationen gesprochen, dass die wirtschaft-lich aktive Generation zu "Zechprellern an den eigenen Kindern" werde. Deshalb sei die Generationengerechtigkeit verletzt. Die demographische Entwicklung sowie die hohe offene und verdeckte Staatsver-schuldung habe den Generationenvertrag außer Kraft gesetzt.

Der Begriff der Generationengerechtigkeit bleibt jedoch bezüglich sowohl der Generation als auch der Gerechtigkeit ziemlich diffus. Die familiäre Geschlechterfolge von Urahn, Großmutter, Mutter und Kind lässt sich nicht auf die moderne Erwerbsarbeitsgesellschaft übertragen. Und der Grundsatz der Gerechtigkeit regelt bloß die Rechte und Pflichten real existierender Personen und Personengruppen. In einer Erwerbsarbeitsgesellschaft spielt die biologische Zusammensetzung der Bevölkerung gegenüber den Wachstumserwartungen, dem Beschäftigungsgrad und der Produktivität eine nachrangige Rolle. Unabhängig vom Lebensalter erarbeitet die Gruppe der Erwerbstätigen ein Volkseinkommen, das dem eigenen Lebensunterhalt wie auch dem der nicht Erwerbstätigen dient.

2. Gerechtigkeit und gesellschaftliche Situation - ein quasi-dialogisches Verhältnis

Die Debatte der Parteien über einen neuen und angepassten Gerechtigkeitsbegriff hat zwei Einsichten bekräftigt: Eine zustimmungsfähige Antwort auf die Gerechtigkeitsfrage wird in öffentlichen Auseinandersetzungen gewonnen. Und normative Leitbilder werden im Quasi-Dialog mit den Herausforderungen einer aktuellen gesellschaftlichen Situation gewonnen

Erstens: Der Streit innerhalb der Parteien und zwischen ihnen um eine angemessene Antwort auf die Gerechtigkeitsfrage ist ein positives Kennzeichen demokratischer Gesellschaften. Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie auf der Befreiung des Menschen von selbstverschuldeter Unmündigkeit gründen sowie dem individuellen Subjekt und der autonomen Vernunft eine herausragende Stellung einräumen. Die Sphären der Wissenschaft und Wirtschaft, des Rechts und der Politik sind nicht mehr von einer einzigen, allgemein verbindlichen Religion bzw. Moral zusammen

gehalten. Galilei unterwarf sein Wissen noch der päpstlichen Doktrin. Kaiser Heinrich IV trat noch den Gang nach Canossa an, um im Amt zu bleiben. Und König Heinrich IV. von Navarra war Paris noch eine Messe wert. Der gleiche Glaube und die gemeinsame Moral umklammerten die Gesellschaft, orientierten das individuelle Handeln, stifteten kollektive Identität und verpflichteten alle auf das Gemeinwohl.



Ein solcher Bezug auf inhaltlich vorgegebene, einheitliche Wertmuster, dem allgemein verbindliche Normen entnommen werden, ist modernen Gesellschaften nicht mehr möglich. Es gibt keinen außenstehenden Beobachter und neutralen Schiedsrichter, dem das Urteil über das, was gut und gerecht ist, überlassen werden kann. Es können auch nicht die Angehörigen einer Teilgruppe der Gesellschaft die eigenen Vorstellungen des guten Lebens, die ihrer Gruppenidentität entsprechen, den Angehörigen anderer Gruppe verpflichtend vorschreiben. Vielmehr sind die Mitglieder moderner Gesellschaften gehalten, sich über die gemeinsamen normativen Überzeugungen zu verständigen - über das, was sie einander schulden, wenn sie sich als Gleiche achten. Dies geht in der Regel nicht ohne ernsthafte Auseinandersetzungen, bevor diese in einen Kompromiss einmünden.

Zweitens: Normative Grundsätze sind keine Naturgesetze. Sie fallen nicht fertig vom Himmel, "lassen sich nicht melken", wie O. von Nell-Breuning gesagt hat. Sie werden kollektiv entworfen, situativ

ausgelegt und kreativ angewendet. Das gilt auch für die Grundnorm der politischen Ordnung, nämlich die Gerechtigkeit. Auf den Spuren der Gerechtigkeit bei Platon, Aristoteles, Thomas von Aquin, im Sturm der französischen Revolution, in der Auflehnung der Arbeiterbewegung sowie in der demokratischen Theorie der Gerechtigkeit als Fairness schält sich die Einsicht heraus, dass normative Grundsätze eine Antwort auf die gesellschaftliche Situation, die das kollektive Handeln herausfordert, enthalten. Die Güterverteilung in der antiken Stadt, der geordnete Umgang des Christen, der sich im Einklang mit der göttlichen Weltordnung weiß, mit den zu verfügbaren Gütern, die Empörung über die Freiheitsberaubung durch die Monarchen und der Protest gegen die Übermacht der kapitalistischen Unternehmer sowie die Spannung zwischen gleichen Freiheitsrechten und sozio-ökonomischen Differenzen sind jeweils geschichtlich variante Antworten auf unterschiedliche gesellschaftliche Situationen.

Daraus folgt, dass die gesellschaftlichen Gruppen, sobald sie über normative Grundsätze reflektieren, sich gleichzeitig über die gemeinsame Deutung der sozio-ökonomischen Situation zu verständigen haben. Derzeit bestimmen diffuse Trend-erklärungen, die eine einzige oder ganz wenige technische, biologische und ökonomische Variablen als unabhängig erklären, denen gesellschaftliche und politische Entscheidungen hinterherhinken, die öffentliche Debatte. Gegen die Megatrends der Globalisierung, der demographischen Entwicklung und der technischen Veränderungen geben sich die politischen Entscheidungsträger ohnmächtig. Zu den angeblich notwendigen Anpassungen persönlicher Bedürfnisse und gesellschaftlicher Lebensweisen gebe es "keine Alternative". In Wirklichkeit geht es jedoch um einen abwägenden Quasi-Dialog zwischen situativer Herausforderung und normativer Option. Die Hauptströmung des Flusses zu beob-

achten, zum unabweisbaren Trend zu erklären, dem die normativen Grundsätze lediglich anzupassen sind, ist ein Verzicht auf politische Gestaltungsmacht. Wer zuerst das Wehr hochzieht, darf sich anschließend nicht wundern, dass er in der Hauptströmung den Halt verliert. Das Gute und Gerechte könnte auch darin bestehen, den angeblichen Trends der Ungleichheit und des Marktes die Grundsätze der Gleichheit und der Solidarität entgegen zu halten.

3. Gleichheit - eine Vor-Vermutung in drei Dimensionen.

Seit einem Vierteljahrhundert werden in Deutschland eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, eine Polarisierung von Lebenschancen sowie ein drohender Ausschluss von Bevölkerungsgruppen in Armut und prekärem Wohlstand registriert. Sollen derartige Prozesse im Namen der Gerechtigkeit verfestigt werden? Oder bietet sich eher eine Besinnung auf den Grundsatz der Gleichheit als zentralen Bestandteil, vielleicht gar als den Inbegriff von Gerechtigkeit an? Die Vor-Vermutung der Gleichheit soll in der moralischen, politischen und ökonomischen Dimension erläutert werden.



Die moralische Dimension

Gleichheit meint nicht Identität, sondern die Übereinstimmung in einem Merkmal, während andere Merkmale verschieden sind. In welcher Hinsicht sind Menschen

gleich? Hinsichtlich ihrer musischen oder technischen Begabung bzw. ihrer Herkunft aus Gelsenkirchen. Ein erster formaler Gleichheitsgrundsatz lautet: "Gleiches ist gleich, Ungleiches ist ungleich zu behandeln". Verhältnismäßige Gleichheit ist dann gewahrt, wenn die Verteilung von Gütern und Rechten im Verhältnis zu dem erfolgt, was ihnen zusteht: "gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Moralische Gleichheit besagt, dass jede Person einen moralischen Anspruch darauf hat, mit der gleichen Achtung und Rücksicht behandelt zu werden wie jede andere. Jede Person ist von einem unparteilichen Standpunkt aus als autonomes Lebewesen zu respektieren und als Gleiche, jedoch nicht gleich zu behandeln. Der moralische Gleichheitsanspruch wird übersetzt in ein Verfahren der Beweislastverteilung: Die moralischen Subjekte können als konkrete Personen unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Positionen beanspruchen, die sie auf Grund eigener Talente und Anstrengungen erworben haben. Aber alle Ungleichheiten unterschiedlicher Güterausstattung bedürfen einer rechtfertigenden Begründung, die sich auf Unterschiede der Personen bezieht, die verteilungsrelevant sind. Sonst gilt die Gleichheitsvermutung.



Für den Grundsatz der realen, nicht bloß formalen Chancengleichheit bedeutet dies, dass die Individuen ungeachtet ihrer unterschiedlichen Talente und Motivationen nicht nur die gleichen Startchancen, sondern auch effektiv die gleichen Lebensaussichten erhalten. Folglich sind die natürlichen Benachteiligungen und gesellschaftlichen Diskriminierungen, die jenseits ihrer individuellen Leistungsfähigkeit und -bereitschaft liegen, also die Zufallsergebnisse der natürlichen und gesellschaftlichen Lotterie, auszugleichen.

Die politische Dimension

Die industrielle Revolution wird häufig als technische und ökonomische Umwälzung charakterisiert. Der Kapitalismus sei, so wird vermutet, in das gesellschaftliche und politische Vakuum einer zerbrechenden Feudalstruktur eingedrungen. Nun lässt sich der Kapitalismus als ein rein wirtschaftliches Funktionsgerüst mit marktwirtschaftlichem Wettbewerb, elastischer Geldversorgung, kapitalintensiver Technik aus vorgeleisteter Arbeit und privater

Unternehmensorganisation beschreiben. Aber ohne eine stabile rechtliche und politische Einbettung blieben seine wirtschaftliche Produktivität und Dynamik unerklärt. Diese verdankt er ganz erheblich der Garantie bürgerlicher Freiheitsrechte durch den Staat, insbesondere des privaten Eigentums, der Gewerbe-freiheit und des freien Arbeitsvertrags. Aber auch der staatlichen Duldung jener vierfachen Schieflage gesellschaftlicher Macht - im Unternehmen, auf dem Arbeitsmarkt, auf den Gütermärkten und an der vom Bankensystem besetzten Nahtstelle zwischen der monetären und realwirtschaftlichen Sphäre. Ein entfesselter Kapitalismus und eine wirksame Proklamation von Menschenrechten verhalten sich theoretisch wie Feuer und Wasser. Geschichtlich sind sie jedoch eine Kohabitation eingegangen und haben sich wechselseitig gezähmt.

Der Verweis auf die Menschenrechte lässt zuerst an die individuellen und institutionellen Abwehrrechte gegen mögliche Übergriffe des Staates denken. Von diesen müssen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leistungsansprüche auf eine Grundausstattung von Gütern, die zu einem menschenwürdigen Leben erforderlich sind, abgegrenzt werden. Und schließlich definieren politische Beteiligungsrechte den Anspruch von Bürgerinnen und Bürgern, an den gesellschaftlichen Prozessen der Meinungsbildung und Entscheidung teilzunehmen und sich darin selbst zu vertreten. Orientiert man sich an der geschichtlichen Abfolge, so ist in der Französischen Revolution die freie Selbstbestimmung der Menschen erstritten worden. In den Konflikten der Arbeiterbewegung sind die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte formuliert und im Sozialstaat verfassungsfest gemacht worden. Und das Abgleiten repräsentativer Demokratien in medien-, partei- und verbändegestützte Verhandlungsregime hat die Forderung politischer Beteiligungsrechte plausibel gemacht.

Gewichtiger als die geschichtliche Abfolge ist indessen die logische Rangfolge, gemäß der die Menschenrechte auf eine demokratische Gesellschaft bezogen werden. Dann steht an erster Stelle das Recht auf politische Beteiligung. "Beteiligungsgerechtigkeit" kann als die vorrangige politische, nämlich demokratische Ausdrucksform der Gerechtigkeit gelten.



Die ökonomische Dimension

Die Förderung gesellschaftlicher Eliten ohne Wenn und Aber, die größere Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung, eine höhere Entlohnung unternehmerischer Leistungsträger, die Verlagerung der Tarifautonomie auf die betriebliche Ebene, eine stärkere Flexibilisierung der Lohnstruktur, die Entflechtung solidarischer Sicherungsnetze sowie weitere Einschnitte in die Sozialsysteme werden häufig mit wirtschaftlicher Effizienz, positiven Anreizstrukturen, die verborgene Talente wecken, und anderen ökonomischen Funktionsregeln begründet, die das Wirtschaftswachstum anregen und den Beschäftigungsgrad erhöhen. Ein bestimmtes Ausmaß an Arbeitslosigkeit erhöhe den Ideenhaushalt der Bevölkerung. Erst müsse das wirtschaftliche Leistungsniveau und Leistungsvermögen steigen, dann könne der Spielraum einer mehr gleichmäßigen Einkommens- und Vermögensverteilung erweitert werden. Die Produktion habe Vorrang vor der Verteilung. Wie auch der Kuchen erst dann verteilt werden könne, nachdem er

vorher gebacken und gut geraten sei.

Empirisch konnte die Hypothese, dass das Leistungsniveau und -vermögen einer Volkswirtschaft streng mit einer stark ausdifferenzierten Einkommens- und Vermögensverteilung korreliert, nicht bestätigt werden. Die Gegenhypothese ist ebenso plausibel und empirisch erhärtet. Eine ausgewogene Primärverteilung der Einkommen und Vermögen erschließt aller Erfahrung nach mehr Massenkauflkraft, weckt vorrangig die Profiterwartungen kleiner und mittlerer Unternehmen und regt mehr reale öffentliche und private Nettoinvestitionen auf den Binnenmärkten an, als sie durch das Exportfenster induziert werden. Ein vergleichendes Urteil über die Lebensqualität unterschiedlicher Gesellschaften ausschließlich an Hand zweier Variablen ist jedoch nicht seriös.

Jeder Gesellschaft bleibt es überlassen, über den Grad der vergleichbaren bzw. gleichwertigen Lebensverhältnisse zwischen Männern und Frauen sowie zwischen einzelnen Regionen souverän zu entscheiden. Ökonomische Funktionsregeln sind stets in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet. Dass erwerbstätige Männer wirtschaftliche Leistungen erbringen, während den Frauen, die privat Kinder erziehen, dergleichen nicht zugeschrieben wird, beruht auf gesellschaftlichen Optionen, die den Funktionsregeln des Marktes voraus liegen und von fixierten Rollenmustern, tradierten Wertgerüsten und wirtschaftlichen Machtstrukturen geprägt sind. Die Kultivierung und Veredelung des Arbeitsvermögens sowie der Ausbau solidarischer Sicherungssysteme sind nicht bloß ein Kostenfaktor und eine Wachstumsbremse der Wirtschaft, sondern mehr noch ein gewichtiger Beitrag zur hohen Produktivität und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. In modernen, als Risikogesellschaften definierten Gesellschaften nehmen die gesellschaftlichen Risiken nicht ab, sondern zu: Funktionsrisiken, sobald die staatliche Macht auf eine

Mehrzahl politischer Akteure angewiesen ist, Risiken abhängiger Beschäftigung, Risiken der Zugehörigkeit zu einem Geschlecht sowie globale Umweltrisiken. Folglich ist nicht eine Demontage solidarischer Sicherungssysteme angemessen, um sie durch Markt und Wettbewerb zu ersetzen, sondern ein Mehr an solidarischer Steuerung, wonach die Beiträge der Leistungsfähigkeit entsprechen und der Hilfeanspruch dem Bedarf.

Wo ist der gesellschaftliche Ort, von dem her die Gerechtigkeit einer Gesellschaft definiert wird? Sind es die Lebenslagen der am Rand Ausgegrenzten, die eine Option für die Armen einklagen? Aber kann eine solche Option mehrheitsfähig werden? Kann die politische Mitte einen Standpunkt der Unparteilichkeit und des allgemeinen Interesses einnehmen? Kann sie dafür gewonnen werden, dass sie ihre eigenen Interessen wirksamer unter Einschluss benachteiligter Bevölkerungsgruppen verfolgt und nicht dadurch, dass sie diese ausschließt? Dann würde die Antwort auf die Gerechtigkeitsfrage lauten: Der politischen Mitte darf es gut und besser gehen, solange die Lebensqualität derer am Rand nicht sinkt. Die am Rand sollen nicht den Preis dafür zahlen, dass es der politischen Mitte gut und besser geht.

Franz Schaible:

Letzter Runde vor dem Imbiss: Pfarrer Erlemann

Pfarrer Edmund Erlemann, Volksverein Mönchengladbach

Lieber Franz Schaible, sehr geehrte Mitglieder von Aufsichtsrat und Vorstand der Stiftung, lieber Jörg Hildebrandt, sehr geehrter Dr. Reinhard Höppner, Laudator dieses Tages, ehemals Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt



Im Namen aller im Volksverein Mönchengladbach, im Namen der Arbeitslosen und ihrer Freundinnen und Freunde und im Namen aller ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Volksvereins danke ich der Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut für die Verleihung des Regine-Hildebrandt-Preises an Friedhelm Hengsbach, meinen und des Volksvereins Freund, Leiter des Instituts, das den Namen meines verehrten Lehrers und späteren Freundes Oswald von Nell-Breuning trägt und an den Volksverein Mönchengladbach gemeinnützige Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit.

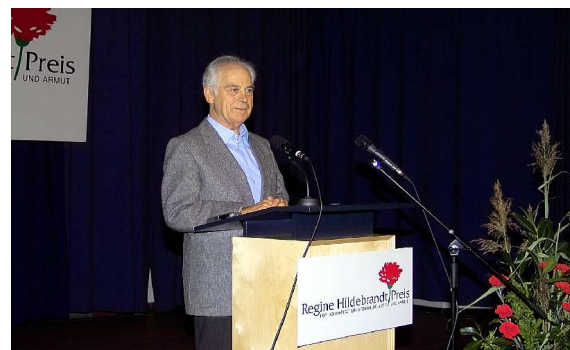
Die Verleihung des Preises an den Volksverein bedeutet für uns eine große Ehre. Eine große Freude bedeutet auch die große Zahl der Gäste, die gekommen sind, alle Mitkämpferinnen und Mitkämpfer für Gerechtigkeit und das Interesse der Medien, die so wichtig sind, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die wachsende Armut in unserem Land.

Verehrte, liebe Mitmenschen alle. Um Menschwerdung geht es bei uns allen. Ein Leben lang. Das größte, was jede und jeder von uns werden kann, ist ein Mensch. Um Menschwerdung geht es im Volksverein. Arbeitslosigkeit, besonders Langzeitarbeitslosigkeit zerstört Menschen. Manche kommen

zu uns in den Volksverein, die können noch nicht mal mehr reden.

Ich denke an Bernd. Der hatte zuerst seine Arbeit verloren. Dann verlor er seine Frau und die Familie. Beide Säulen des Lebens hängen eng miteinander zusammen. Und wie es vielen Männern geht, die alleine zu stehen kommen, Bernd konnte sich sehr bald nicht mehr selbst versorgen. Er wohnte in einem Zimmer, das sah abenteuerlich aus. Mit Kisten und Kästen bis zur Decke zugestellt, man musste sich zum Bett einen Weg bahnen, das sah entsprechend aus und Bernd war bald nicht mehr in der Lage, sich einen Kaffee zu kochen oder irgend etwas warm zu machen. Er ging zu Aldi und kaufte sich Dosen und löffelte sie kalt aus. Das ist nur ein Beispiel für viele, denen es so oder ähnlich geht. Bernd kam zu uns in den Volksverein und es war wunderbar zu sehen, wie er auf einmal wieder auftaute. Ein Mensch wurde. Wieder reden konnte, wieder mit Menschen zusammen lachen konnte, arbeiten konnte. Bernd war auferstanden.

Als im Jahr 1983 das Faktum der Massenarbeitslosigkeit unabwendbar sichtbar war, gab es im rheinischen Manchester, wie Mönchengladbach zur Zeit der Industrialisierung genannt wurde, etwa 14.000 Arbeitslose. Heute sind es 16.657. Unsere Stadt Mönchengladbach gehört heute zu den ärmsten in Nordrhein-Westfalen.



Der Volksverein wurde von Kirchenleuten gegründet und zwar

gegen den Widerstand von Mächtigen in der Gesellschaft. Diesem Widerstand allerdings stellte sich eine Solidaritätsaktion der Bevölkerung von Mönchengladbach entgegen und diese Initiative von vielen Leuten in unserer Stadt brachte uns, den Gründerinnen und Gründern des Volksvereins, große moralische und finanzielle Unterstützung, so dass die Arbeit des Volksvereins am 15. Juni 1983 mit 10 Arbeitslosen in einer angemieteten Fabrikhalle auf der Bahnhofstraße beginnen konnte. Die Gründerinnen und Gründer des Volksvereins haben ihn ins Leben gerufen nach der gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, die von 1972 bis 1975 in Würzburg tagte und an deren Beschluss Kirche und Arbeiterschaft an dem Oswald von Nell-Breuning maßgeblich mitgewirkt hatte.



Die Gründung des Volksvereins hatte als weitere Vorgeschichte den Katholikentag 1974 in Mönchengladbach mit dem Leitwort „Für das Leben der Welt“ - damals hatten die Katholikentage noch eine Aussage - und eine erste internationale Pastoraltagung 1979 in Mönchengladbach mit dem Thema „Arbeiterschaft und Kirche“. Wir müssen jetzt tun, was mit den vielen Worten gesagt worden war. Diese Idee war damals auf einmal mitten unter uns, den Gründerinnen und Gründern da.

Sie war nicht selber gemacht, diese Idee, sie war geschenkt. Die Spiritualität, die hinter der Gründung

des Volksvereins steckte, war: Glauben und Leben müssen miteinander verbunden sein, sonst nützt der Glaube nichts. Orthodoxie, der richtige Glaube und Orthopraxis, das richtige Handeln, hängen engstens miteinander zusammen. Wir fühlten uns als die Stärkeren, damals, die den Schwächeren zu Hilfe kommen sollten. Aber bald haben wir bemerkt, dass wir die eigentlich Beschenkten sind.



Denn viele unserer arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen sind wunderbare Menschen. Immer wieder ist mir das zum Erlebnis geworden. In der vergangenen Woche, die ich gemeinsam mit 18 Kolleginnen und Kollegen aus dem Volksverein in Linz an der Donau bei der dortigen Bezirksseelsorge verbracht habe, habe ich es neu gemerkt. Es hat mich glücklich gemacht.

Da ist Theo. Er steckte im größten Dreck, den man sich vorstellen kann. Bis hin zur Wohnungslosigkeit. Wir, das heißt der Volksverein, haben ihn retten dürfen - er ist aufgestanden. Und Axel. Nach seiner Freisetzung durch seinen Betrieb - heute nennt man dieses Wort ja schon mal - waren die Freunde weg. Das Selbstwertgefühl von Axel auf dem Nullpunkt. Heute - ein toller Mitarbeiter im Volksverein. Er ist aufgestanden. Da ist Karin. Seit fünf Jahren ist die trocken. Ein durch den Volksverein geretteter Mensch. Und Rainer. Auch er war ganz unten - ist jetzt ein verlässlicher Mitarbeiter. dazu ein

profunder Kenner der alten und neuen Geschichte und ein begabter Theaterspieler. Wir, die scheinbar Schenkenden, sind die beschenkten.

Und der Preis, den ich empfangen nehmen durfte, gehört meinen Freundinnen und Freunden, den Arbeitslosen. Und ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Im Umgang mit den arbeitslosen Frauen und Männern spüre ich oft meine eigene Armut. Die Terminenge. Die Zwänge zu funktionieren. Den verbürgerlichten Lebensstil. Was ich von den Arbeitslosen lerne: Aufstehen. Immer wieder. Ich lerne von ihnen die einfache Sprache. Den Sinn für das Praktische. Die Begabung für Solidarität. Ich höre gut zu, was sie mir und anderen sagen. Es tut mir gut, mit ihnen zusammen zu sein.

Der Volksverein ist ein Werk der Solidarität.

Ganz im Anfang hatten wir gedacht, wir nennen die Firma, die wir gründen wollen, Petrus & Sohn. Aber dann kam die Erinnerung an die große soziale Tradition der Stadt Mönchengladbach, die einmal die Heimakt des sozialen und politischen Katholizismus war. Vom Jahr 1890 bis zum Jahr 1933 war in Mönchengladbach die Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland. Das war der größte Massenverein der Kirchengeschichte und hatte in seiner Blütezeit 800.000 Mitglieder in allen Städten und Gemeinden des damaligen Deutschen Reiches. Der Volksverein war politisch tätig und hat seine sozialpolitischen Ideen bis in die Zeit der Bundesrepublik Deutschland hinein durchgetragen. Der Volksverein für das katholische Deutschland hatte ein Ziel: Die Kleinen groß zu machen. Das Ziel haben wir auch. Und für dieses Ziel gibt es in Mönchengladbach eine Lobby. Viele Leute, die sich für die Idee des Volksvereins und seiner

Spiritualität anschließen. Es gibt in unserer Stadt Menschen mit einem Herzen für die Armen. Für die am Rand stehenden. Der verstorbene Bischof unseres Bistums Aachen Klaus Hämmerle hat gesagt: „Der Rand ist die Mitte“. Dem wollen wir folgen.



Dem Volksverein ist eine einmalige Verbindung gelungen zwischen der damals noch in voller Blüte stehenden Region Mönchengladbach im Bistum Aachen also einer kirchenamtlichen Struktur und ihm. Damals waren die Region und der Volksverein fast so etwas wie siamesische Zwillinge. Heute sind die Regionen durch die Bistumsleitung zerschlagen worden. Für uns ist der Volksverein nicht die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. Das können wir nicht leisten. Aber der Volksverein ist ein Symbol. Ja, mehr noch. Er ist für uns Katholiken das achte, für Protestanten das dritte Sakrament. Er ist ein heiliges Zeichen für die Verbindung von Glauben und Mystik, von Politik, von Gott und Welt.

In Mönchengladbach und darüber hinaus gibt es viele Menschen, die sich entschlossen haben in einer Art Selbstbesteuerungssystem dem Volksverein die Möglichkeiten zu geben, seine Arbeit zu tun. Und dazu gibt es viele, die Einzelspenden an den Volksverein geben und dadurch ihre Solidarität mit den Arbeitslosen zum Ausdruck bringen. Die Leute, mit denen wir zu tun haben, haben immer

mehr gemerkt, teilen macht reich. Macht nicht arm. Teilen macht reich, das ist ein Programm.

Der Volksverein ist ein Werk der Gerechtigkeit. Unsere Gesellschaft ist eine gespaltene Gesellschaft. Und die Spaltung vertieft sich schnell. Die Armen werden immer ärmer, die Reichen werden immer reicher auf Kosten der Armen. Das ist das schlimmste. Unsere Gesellschaft grenzt aus die sogenannten überflüssigen Menschen. Kinder, Behinderte, alte Menschen, Sterbende, Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen, Emigranten. Immer mehr wird ihnen die kalte Schulter gezeigt, wird ihnen bedeutet, dass sie stören und dass sie eine Last sind. Der globalisierte Neorealismus macht aus Menschen allenfalls Kostenfaktoren und Konsumenten. Der neue Reichsgott ist das Geld. Der alte Gott der Gerechtigkeit ist in Rente. So wird der konkret gelebte Kapitalismus ein gottloses System. Und leider, leider, wird der Sozialismus nach seinem Versagen im Osten wie damals im 19. Jahrhundert durch die katholische Kirche in Bausch und Bogen verworfen. Mit allen seinen Teilen, von denen viele aus der christlichen Tradition stammen und Gerechtigkeit schaffen könnten.

Arbeitslosigkeit ist kein Verhängnis. Sie wird produziert und die Börsenkurse der Unternehmen, welche Menschen in die Arbeitslosigkeit jagen, steigen. Selbst Deutsche Bistümer, auf jeden Fall Aachen, tappen in die Falle der neoliberalistischen und zentralistischen Irrlehre und greifen zum Mittel der betriebsbedingten Kündigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt solidarische Lösungen anzu-streben, die es gibt, die realisierbar erscheinen und konkret vorgeschlagen sind. Verteilungsgerechtigkeit ist leider ein Fremdwort geworden.

Für den Volksverein ist jeder und jede Arbeitslose zentral wichtig. Es geht um den Menschen. Die Menschen sind das Kostbarste was es gibt. Die allermeisten von den Arbeitslosen sind biblisch gesprochen unter die Räuber gefallen.



In unserer Betriebsstätte wird durch den Sozialdienst, in dem drei Mitarbeiterinnen tätig sind, mit jedem Betroffenen gemeinsam eine Lebensplanung für die Zukunft erarbeitet. Sie sollen aufstehen.

Zugleich aber ist der Volksverein eine politische Kraft. Er mischt sich ein, macht aufmerksam auf das Unrecht der Arbeitslosigkeit, entwickelt Modelle, die die gesamte Gesellschaft gemeinsam mit der Kirche und den anderen gesellschaftlichen Kräften Wege aus der Arbeitslosigkeit finden können. So ist der Volksverein auch eine tragende Stütze im kommunalen Hilffssystem geworden. Geschäftsführer und der Beirat verhandeln mit den Verantwortlichen im politischen Leben, legen den Finger oft in die Wunde der Arbeitslosigkeit und machen praktische Vorschläge. Die Arbeitslosen betätigen sich durch politische Bildung, machen mit bei Demonstrationen und die „Lösen Zungen“, die Sie gerade erlebt haben, spielen das Theater ihres Lebens in dieser Gesellschaft.

Ein mustergültiger und menschlicher Betrieb wollen wir immer mehr werden. Das ist ein sehr hohes Ziel, an dessen

Erreichen alle im Volksverein mitarbeiten. Im Volksverein wird viel gearbeitet. Es wird gut gearbeitet. Die steigenden Erlöse aus der Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen zeigen das. Und zeigen auch, dass sich die Arbeitslosen mit allen ihren Kräften bemühen, aus dem Tief der Arbeitslosigkeit herauszukommen.

Natürlich bleiben viele Fragen. Wie sind die Arbeitnehmerrechte auch unter den erschwerten Bedingungen einer Arbeitslosenfirma zu realisieren. Welche Rolle kann der Betriebsrat spielen. Kann es sein, dass sich auch in unserem Betrieb eine Art von Hierarchie ausbildet? Dürfen wir bei der Schaffung von 1- oder 2-Euro-Jobs mitmachen? Auf der einen Seite ist es das Geld im Portemonnaie der Betroffenen, dass sie auch bei Teilnahme einer solchen Maßnahme verdienen können. Auf der anderen Seite gibt es die Frage nach der Würde der Arbeit und des arbeitenden Menschen. Darf man eine Arbeitsstunde eines arbeitenden Menschen mit einem Euro entlohnen? Das Tagelöhnermodell jedenfalls machen wir nicht mit.

Wir wollen im Volksverein die Begabungen fördern. In der letzten Woche habe ich wieder viele Beispiele erlebt, wie viele wunderbare Gaben und Begabungen die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen haben. Das gibt es welche, die Gedichte machen können, da gibt es Malerinnen und Maler, Erfinder von kreativen Ideen. Theaterspieler und -spielerinnen, Leute von großem handwerklichem Können. Jeder Mensch ist ein Künstler, hat Josef Beuys gesagt. Christlich ausgedrückt: Jeder und jede sind – doch – je einmalige Gedanken Gottes. Ausgestattet mit einer unveräußerlichen Würde.

Der Volksverein gibt arbeitslosen Menschen Heimat. Er ist mehr als eine Firma, die Beschäftigung gegen Entlohnung bietet. Jeden Dienstag

morgen gibt es das Arbeitslosenfrühstück in der Betriebshalle, zu dem auch alle Außenstehenden herzlich eingeladen sind. Die Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeit, zweimal im Jahr an einer Bildungswoche teilzunehmen, von denen eine in Herzogenrath, der Arbeiterbildungsstätte stattfindet, die jetzt auch durch die Bistumsbeschlüsse schwer gefährdet ist. Arbeitslose Kolleginnen und Kollegen können das Jahr über ansparen, um im Februar eine Ski-freizeit mitzumachen. Die Theatergruppe wird ehrenamtlich inspiriert geleitet. Die Kolleginnen und Kollegen machen die Texte selber. Jede und jeder bekommen ein Tickert 2000, dadurch sind sie beweglich und können aus ihrer Isolierung herauskommen. Im Volksverein kann man wunderbar kochen lernen, in der Kochgruppe, und niemand braucht alleine zu sein. Auch nicht am heiligen Abend.

Da sind die, die alleine sind, in der Betriebsstätte zusammen, kochen sich ein schönes Abendessen und bleiben den Abend zusammen, um diesen, für sie den schlimmsten Abend des Jahres, gut hinter sich zu bringen.

Im Volksverein Mönchengladbach gibt es gegenwärtig 130 Beschäftigte. In unserem Betrieb gibt es das bundesweit einzigartige 12-Stunden-Programm, ein Einstiegsprogramm. 10 Stunden Beschäftigung, 2 Stunden Bildung. Beschäftigen, bilden, beraten, das sind die drei „Bs“ Im Einstiegsprogramm im 12-Stunden-Programm gibt es 90 Plätze. Bisher haben wir etwa 40 % von diesen 90 Plätzen im Jahr vermitteln können. Solange die Kolleginnen und Kollegen bei uns sind, bekommen sie notengleich 165 Euro für die 12 Stunden. Mehr hat keinen Sinn, weil die höhere Summe weggesteuert würde. Außer dem 12-Stunden-Programm gibt es das Programm Arbeit statt Sozialhilfe, das jetzt, wenn Hartz IV zum Tragen

kommt, abgeschafft wird. Da haben 30 Frauen und Männer in unserem Betrieb Vollzeit arbeiten können und viele von ihnen konnten nach dem Jahr ASS in eine Arbeitsstelle vermittelt werden.

Und was wir machen ist ganz bunt und schön und ich lade Sie herzlich ein, nach Mönchengladbach zu kommen, vielleicht anlässlich eines Borussia-Spiels, um sich den Betrieb des Volksvereins anzusehen. Wir haben ein großes Gebrauchtmöbellager, da können Sie jede Menge Schnäppchen machen. Wunderbare Möbel, Einzelmöbel, Polstermöbel, Schränke, alles, was man so braucht. Wir haben eine Holzwerkstatt, eine große Holzwerkstatt, in der sehr viele Produkte hergestellt werden, von Kinderspielszeug und Weihnachtsdekorartikel. Sie können sich eine Kollektion davon nachher da vorne am Tisch anschauen, bis zu großen Möbeln, zu Betten, in denen man gut liegen kann und bis zum Stehpult, an dem man stehen und studieren kann. – „Habe nun, ach – Philosophie, Juristerei und Medizin, und leider auch Theologie, durchaus studiert mit heißer Mühe“ so heißt es bei Faust. Wir können in Zusammenarbeit mit der katholischen Arbeitnehmerbewegung des Bistums Aachen Großcontainer im Raum Krefeld, Viersen und Mönchengladbach wöchentlich entleeren und werden für diese Dienstleistung bezahlt. Wir selber sammeln alte Schuhe für Schuhrecycling und betreiben zwei Kleidershops, einen in der Betriebsstätte, einen in der Innenstadt von Mönchengladbach und das alles, außer dem zweiten Kleidershop mit einer großen Fabrikhalle, welche die Hauptpfarre in Mönchengladbach, die ganz plötzlich überraschend zu Geld gekommen war, in den vergangenen Jahren, dem Volksverein zur Verfügung stellte.

“Arbeitslosigkeit und Armut zu verringern ist unser Ziel.“ heißt es im

Programm der Stiftung Solidarität. Der Volksverein steht vor großen Herausforderungen. Durch Kürzung öffentlicher und kirchlicher Mittel auch im Gefolge von Hartz IV muss er in diesem Jahr und wohl auch im kommenden je 80.000 rote Euro verkraften. Da sind die schwarzen 10.000 Euro des Regine-Hildebrandt-Preises eine große Hilfe. Danke.

Die Armut in unserem Land wächst. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der vor 14 Tagen vorgelegt wurde, belegt, dass die Zahl der Armen in unserem Land höher ist, als im vergangenen Jahr. Und das die Zahl der armen Kinder zum ersten Mal die Millionengrenze überschritten hat. Und das in diesem fast reichsten Land.

Die Arbeitslosigkeit wächst ebenso. Man braucht bloß die täglichen Nachrichten anzusehen. Und als Folge des Zusammenlegens von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, also Hartz IV, wird es im Jahr 2005 statistisch gesehen 300 bis 400.000 neue Arbeitslose geben. Dies ist eine Notiz der FAZ vom 30.09.2004 und wurde vom Regierungssprecher veröffentlicht. Ich sehe Hartz IV als Instrument eines Kampfes. Der Kampf in unserem Land geht nicht gegen Armut und Arbeitslosigkeit, sondern gegen die Armen und die Arbeitslosen. Aus Opfern werden Täter gemacht.

Nur drei Beispiele: Alle erwerbsfähigen arbeitslosen Hilfsbedürftigen müssen Eingliederungsvereinbarungen unterschreiben. Es handelt sich dabei aber um Zwangsverträge, welche den Hilfebedürftigen ein Machtverhältnis aufzwingen, das weit in die Privatsphäre hineinreicht. Die vereinbarten Maßnahmen zur Wiedererlangung eines Arbeitsplatzes müssen durchgeführt werden, sonst drohen Sanktionen. Dem Fallmanager bleibt eine zu weit reichende Entscheidungs-

kompetenz. Das zweite Beispiel: Jeder erwerbsfähige Hilfeempfänger wird im Rahmen dieser Eingliederungsvereinbarungen verpflichtet, seine Erkrankung, soweit sie nicht so schwer sind, dass sie eine Arbeitsunfähigkeit hervorrufen, anzugeben. Eine Forderung zur Zwangsmaßnahme zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Gerade unsere Arbeit im Volksverein mit vielen dieser betroffenen Menschen macht deutlich, wie wichtig Freiwilligkeit in diesem Prozess ist. Denn Erkrankungen, besonders psychischen Erkrankungen, und Sucht-erkrankungen liegen oft Ursachen zugrunde, die Menschen stumm machen. Viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tauen erst nach einer Zeit auf, spüren, dass sie doch etwas können. Manche schaffen es, ihren Problemen ins Gesicht zu schauen, aber nicht sofort. Und oft braucht es lange Zeit, bis sie das können. Sie brauchen Wohlwollen, Annahmen, Lebensraum. Drittes Beispiel: Das bisherige Prinzip, nachdem es Hilfeempfängern möglich gemacht wird, ein Leben zu führen, dass der Würde des Menschen entspricht, wird gebrochen. Das neue Leitprinzip sieht lediglich eine Grundsicherung vor. Im neuen Recht fehlt der Bezug zur Würde des Menschen. Zeichen für einen Richtungswechsel, dessen Bedeutung in den einzelnen Passagen des Gesetzes ersichtlich ist.

Vielleicht muss es doch bald heißen in unserem Grundgesetz: „Die Würde des Menschen war unantastbar“.

Liebe Mitmenschen. Teilen macht reich, sagt der Volksverein. Die Arbeitslosen werden reich durch teilen. Sie bekommen vor allem Ansehen, Würde. Sie erfahren Solidarität. Sie erfahren Geschwisterlichkeit. Sie erfahren, dass sie nicht verurteilt werden, dass ihnen das gesellschaftliche Stigma der Arbeitslosigkeit genommen wird. Die Arbeitslosen

können deshalb viel arbeiten und immer höher wird ihr Anteil am Budget des Gesamten.

Teilen macht reich, die 2.700 Menschen, die dem Volksverein freundschaftlich verbunden sind und ihm die Mittel zur Verfügung stellen, die er braucht, um die Arbeitslosigkeit bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bekämpfen. Teilen macht reich. Die ehrenamtlichen, von denen es viele gibt. Die Lehrerinnen, die nach ihrer Pensionierung Deutschkurse im Volksverein geben. Wir haben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die deutsche Sprache nicht beherrschen und für die das Beherrschen der deutschen Sprache Voraussetzung ist, dass sie überhaupt weiterkommen können.

Teilen macht reich, die Förderinnen und Förderer des Volksvereins. Zum weiten Mal machen wir jetzt gegenwärtig eine Testimonium-Kampagne, sie können die großen Plakate an den Seiten sehen. Leute aus den Medien, Künstlerinnen und Künstler, Sportlerinnen, Sportler, Leute aus dem öffentlichen Leben, stellen sich zur Verfügung, erklären, warum sie die Arbeit des Volksvereins gut finden und fordern auf, dass auch die Leute, die das Plakat sehen, sich den Ideen des Volksvereins anschließen. Teilen macht reich. Diese Leute haben von der Testimonium-Kampagne auch etwas. Sie werden bekannter. Wir helfen uns gegenseitig. Teilen macht reich, auch die Gesellschaft.

Es wird soviel negatives weitergegeben und leider ist es ja auch so, dass viel schreckliches in unserer Welt jeden Tag passiert. Die Gesellschaft aber braucht gute Beispiele, braucht positive Beispiele, Anstöße, braucht Praxisfelder, Menschen, die sagen, es gibt doch noch eine Möglichkeit, etwas zu bewegen und dabei zu sein, wenn diese Gesellschaft verbessert wird.

Teilen macht reich, schließlich auch die Kirche, sie lebt vom Glauben an den Gott, der sich mitteilt und der sein Leben mit den Menschen teilt. Die Kirche braucht den Volksverein, wie ich meine, in der gegenwärtigen Krise ganz besonders. Hier wird deutlich, wofür die Kirche da ist. Und Bischof ??? hat recht, wenn er sagt, eine Kirche, die nicht dient, dient zu nichts. Wenn sich gegenwärtig die Kirchen in Deutschland aus den gesellschaftlichen Verpflichtungen herauszuziehen scheinen, um das sogenannte Kern-geschäft – ein schrecklichen Wort – oder das eigentliche, womit der enge sakramentale Teil gemeint ist, zu betreiben, dann ist das ein Abfall von der wahren Kirche Christi.

Man kann es nicht deutlich genug sagen, dass es ein Irrweg ist, der auch die Kirche in das Verderben, ins Abseits führen wird.

Liebe Mitmenschen, wir müssen kämpfen. Und zwar gemeinsam. Gegen Armut und für die Armen. Gegen Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen. Ich bitte uns, dass wir kämpfen, nicht mit den Mitteln, mit denen sonst häufig gekämpft wird. Für Diffamierung oder Verurteilung. Sondern dass wir kämpfen mit versöhntem Herzen. Wer mit versöhntem Herzen kämpft weiß, was in Menschen ist. Das steht im Johannes-Evangelium. Und dennoch, obwohl er weiß, dass im Menschen soviel schwieriges und problematisches und auch so viel schlimmes ist, dennoch glaubt er daran, dass das Gute schließlich doch stärker ist, als das Böse. Daran hat Regine Hildebrandt geglaubt. Und sie hat tiefe Spuren in diesem Land hinterlassen. Daran glaube ich leider manchmal zweifelnd. Glauben wir zusammen und gemeinsam daran, damit Menschen das Leben haben, und es in Fülle haben.

Franz Schaible

Wir danken Ihnen, Herr Pfarrer Erlemann.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich danken. Zunächst mal Ihnen, die Sie gekommen sind, um die Preisträger zu würdigen, die es verdient haben. Ich danke Ihnen, dass Sie sich die Zeit genommen haben und ich weiß, dass es anstrengend ist, zwei Stunden zuzuhören und umso mehr bin ich ihnen dankbar.

Darüber hinaus all denen, die geholfen haben, die Veranstaltung vorzubereiten. Alles ehrenamtlich und nicht selbstverständlich. Ob das jetzt die Küche ist, ob das jetzt die Blumen sind, die vorbereitet sind und ich danke auch den Bielefelder Initiativen, die gekommen sind, um die Preisträger zu ehren. Jetzt sehe ich die Kolleginnen vom Widerspruch. Das freut mich und ich möchte jetzt den offiziellen Teil der Veranstaltung schließen, darauf hinweisen, dass es noch etwas zu trinken gibt, auf die Preisträger auch anzustoßen, Häppchen zu essen und noch einmal für die Aktiven Blumen. Denn was wäre ein Preis und das Preisgeld ohne die Schönheit und die Schönheit ist nun mal durch die Blumen symbolisiert.

Bitte Kollegen, bringt mir die Blumen.

